

Thomas Weiß
Zwangsarbeit in Hattingen

Hattingen ist eine traditionsreiche Kleinstadt mit etwa 60.000 Einwohnern im südlichen Ruhrgebiet. Über 130 Jahre prägte die Schwerindustrie die Stadt, die Henrichshütte war mit bis zu 10.000 Beschäftigten der größte Arbeitgeber der Region.



*Hattingen / Ruhr
Blick gegen Westen
Zwangsarbeit*

Hattingen um 1930.
(Stadtarchiv Hattingen)

Der Einsatz ausländischer Arbeitskräfte gehörte während des Zweiten Weltkrieges auch in Hattingen zum Alltag.

Nationalsozialistische Kriegswirtschaft war in Zeiten, da sich etwa 11 Millionen deutscher Soldaten im Kriegseinsatz befanden, ohne „fremdvölkische“ Arbeiter nicht denkbar. Zwar hatte das Regime zunächst starke ideologische Bedenken, musste jedoch bald dem Druck ökonomischer Zwänge nachgeben. **Bereits Ende 1939 arbeiteten etwa 300.000 polnische Kriegsgefangene** in der deutschen Landwirtschaft, später wurden sie auch in der Industrie, vor allem in der kriegswichtigen Rüstungsproduktion eingesetzt. **Es folgten französische, serbische, sowjetische, italienische Kriegsgefangene.**



Französische Kriegsgefangene marschieren nach der Arbeit auf der Henrichshütte zurück ins Lager, 1941.
(Stadtarchiv Hattingen)

Gleichzeitig startete das Regime umfangreiche **Anwerbekampagnen** in den besetzten Gebieten. Die Anzahl der „freiwilligen“ ausländischen Zivilarbeiter

konnte den Arbeitskräftemangel jedoch nicht im Geringsten beheben. **Unter Zwang und drastischen Strafandrohungen wurden nun Millionen von zumeist jugendlichen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern zum Arbeitseinsatz ins Deutsche Reich deportiert.** Besonders grausam waren die Lebens- und Arbeitsbedingungen der aus der Sowjetunion verschleppten sogenannten „**Ostarbeiter**“. Als auch diese Millionenheer den immensen Bedarf nicht mehr decken konnte, gab Hitler die letzte Reserve für den Arbeitseinsatz frei, die bislang der SS unterstehenden Häftlinge der Konzentrationslager. Ziel: Vernichtung durch Arbeit!

Der Status und die Herkunft der ausländischen Arbeiter hatten direkte Auswirkungen auf Lebensbedingungen, Unterkunft, Verpflegung, Behandlung durch das Wachpersonal, Arbeitsbedingungen, Lohn, ja sogar auf die Überlebenschancen. Westliche Arbeiter wurden ideologietreu besser behandelt als die „minderwertigen“ Ostarbeiter.

Schätzungen gehen davon aus, dass während des Zweiten Weltkrieges insgesamt 8 bis 10 Millionen ausländische Arbeiterinnen und Arbeiter im Deutschen Reich eingesetzt waren.

Für Hattingen ist im Zeitraum von 1939 bis 1945 von der unfassbaren Zahl von über 10.000 ausländischen Arbeitern auszugehen.

Ende des Zweiten Weltkrieges war jeder Vierte Hattinger ein Ausländer!

Die Zivilarbeiter, Zwangsarbeiter, Ostarbeiter, Kriegsgefangenen, Strafgefangenen und Arbeitserziehungshäftlinge kamen aus **Belgien, Frankreich, Jugoslawien, den Niederlanden, aus Italien, Kroatien, Polen, Norwegen, Serbien**, aus der **Sowjetunion**, aus **Tschechien** und aus **Ungarn**. Die Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aus der Sowjetunion stellten mit etwa 40% die größte Gruppe in Hattingen.



Ostarbeiterinnen der Seilwerke Heinrich Puth.
(Stadtarchiv Hattingen)

Ausländer waren im Hattinger Stadtbild und in der Wirtschaft allgegenwärtig. Es dürfte keinen Bauern gegeben haben, auf dessen Hof nicht mindestens ein Ausländer arbeiten musste. Selbstverständlich konnte auch

keiner der großen Hattinger Industriebetriebe ohne ausländische Arbeiter auskommen. **Allein auf der Henrichshütte waren während des Zweiten Weltkrieges etwa 2.300 Zivilarbeiter, 1.000 Ostarbeiter sowie 3.500 Kriegsgefangene beschäftigt. Ausländer stellten Anfang 1945 auf der Henrichshütte 49,8% der Belegschaft.**

Doch auch kleinere Betriebe, Baufirmen, Handwerker, Bäcker, Schuster etc. bedienten sich vielfach ausländischer Arbeitskräfte.

Untergebracht waren die Ausländer in Privatquartieren, in zu Gemeinschaftslagern umfunktionierten Gastwirtschaften oder riesigen, zumeist von den Industriebetrieben errichteten Barackenlagern. Im sogenannten Wohnlager Welper lebten bisweilen über 2.500 Belegschaftsmitglieder der Henrichshütte. Ausstattung und hygienische Bedingungen waren in den Lagern oftmals katastrophal. Privatsphäre war nicht vorgesehen.

In Hattingen existierten etwa 90!!! dieser Gemeinschafts- oder Barackenlager, immer in direkter Nachbarschaft zur deutschen Bevölkerung. Teilweise werden Überreste der Baracken noch heute als Wohnungen oder Industriehallen genutzt.

Aufgrund der oftmals katastrophalen Ernährungslage, der brutalen Behandlung durch das Wachpersonal und die immensen Arbeitsanstrengungen waren Todesfälle unter den Zwangsarbeitern an der Tagesordnung.

Kaum ein Friedhof in Hattingen, auf dem nicht Gräber der insgesamt 356 in Hattingen verstorbenen Zwangsarbeiter zu finden sind. Viele der Opfer hatten nicht einmal das 30. Lebensjahr vollendet.



Sowjetischer Ehrenfriedhof in Hattingen-Holthausen, hier sind 151 sowjetische Zwangsarbeiter bestattet.
(Stadtarchiv Hattingen)

Wer die Strapazen und die gegen Kriegsende immer häufiger werdenden Bombenangriffe überlebte, der wurde nach der Befreiung im April 1945 wieder in sein Heimatland „zurückgeführt“. Die lokalen deutschen und alliierten Behörden wollten das „Sicherheitsrisiko“ Ausländer schlichtweg so schnell wie möglich loswerden. Ein wirkliches Unrechtsbewusstsein gegenüber dem Schicksal der Zwangsarbeiter, nun als DPs – **Displaced Persons** – bezeichnet, bestand nicht. **Es war halt Krieg...**

Vor allem in der Sowjetunion waren ehemalige Zwangsarbeiter oftmals erheblichen Repressionen ausgesetzt, galten sie doch lange Zeit als Kollaborateure. An eine finanzielle Entschädigung dachte man in Zeiten des kalten Krieges und des eisernen Vorhangs natürlich auch nicht.

Erst durch die 1999 ins Leben gerufene Stiftung der deutschen Wirtschaft „**Erinnerung, Verantwortung und Zukunft**“ konnten die ehemaligen Zwangsarbeiter 55 Jahre nach Ende des Zweiten Weltkrieges endlich mit insgesamt 10 Milliarden Mark entschädigt werden.

Diese **Entschädigungsdiskussion** führte zu einem Umdenken. In vielen deutschen Städten wurde emsig die Geschichte der Zwangsarbeit erforscht, zahlreiche Firmen fragten besorgt: **Haben wir etwas damit zu tun? Müssen wir entschädigen? Wie viel wird das kosten?**

In Hattingen verabschiedete die Stadtverordnetenversammlung am 21. Juni 2000 eine Resolution, **in der sich die Stadt Hattingen zu ihrer Geschichte und zur politischen Verantwortung im Hinblick auf die Beschäftigung von Zwangsarbeitern bekennt**. Das Stadtarchiv wurde aufgefordert, „alles zu tun, um das Schicksal der Zwangsarbeiter in Hattingen mit Hilfe der Bürgerinnen und Bürger weiter zu erforschen und zu dokumentieren“. Die Ergebnisse der Nachforschungen wurde im Jahr 2003 in dem auch überregional viel beachteten Kooperationsprojekt „Zwangsarbeit in Hattingen“ einer bemerkenswert zahlreichen und interessierten Öffentlichkeit präsentiert. Höhepunkt: Der Besuch von 11 ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern.



Bürgermeister Dieter Liebig begrüßt die ehemalige Zwangsarbeiterin Maria Hoptinez im Hattinger Rathaus.
(LWL/Anne Hudemann)